Ausgabe Nr. 05 September 2018

vpod
Die Gewerkschaft im Service Public

INFOBLATT
aargau/solothurn

Lehrstellen statt Praktika! Die Kantone müssen handeln

Ein Praktikum absolvieren und danach doch keine Lehrstelle bekommen: Diese Praxis ist im Bereich Kinderbetreuung weit verbreitet. Es ist höchste Zeit, dass die Kantone handeln – auch im Aargau und in Solothurn.

(sda) In den Kitas ist es seit Jahren gängige Praxis: Bevor junge, ausbildungswillige Menschen einen Ausbildungsplatz erhalten, absolvieren sie ein bis zwei Jahre lang ein Praktikum – ohne Garantie, danach tatsächlich eine Lehrstelle zu bekommen. Denn die Nachfrage ist höher als das Angebot. Und so werden junge Menschen über Jahre hingehalten und als billige Arbeitskräfte ausgenutzt. Darunter leidet das Ansehen dieses Berufsstandes und nicht zuletzt die Qualität der Kinderbetreuung. Praktika sind rechtlich nicht geregelt und auch nicht Teil der Berufsbildung. Flächendeckende Vorpraktika im Bereich Betreuung, wie sie heute praktiziert werden, stellen nur eine unnötige Einstiegshürde für junge Menschen dar, die sich für den Beruf interessieren. Nicht zuletzt senken sie die Lohnkosten der Kinderbetreuungsstätten.

Die Kantone müssen handeln

Einige Kantone haben erkannt, dass die Situation im Bereich Kinderbetreuung besonders prekär ist, und Massnahmen ergriffen. Der Kanton Bern beispielsweise verlangt, dass nach einem halben Jahr Praktikum ein Lehrvertrag vorliegen muss, wenn das Praktikum länger dauern soll. Sonst muss bei einer Fortsetzung des Arbeitsverhältnisses ein Mindestlohn von 3000 Franken gezahlt werden. Die Stiftung GFZ, Trägerschaft von vielen Kitas in Zürich, hat eine dreimonatige Probezeit für Praktika eingeführt. Nach drei Monaten muss klar sein, ob jemand eine Lehrstelle bekommt, sonst wird das Verhältnis nicht fortgesetzt. An anderen Orten gibt es eine finanzielle Unterstützung für Ausbildungsbetriebe. Die Dachorganisation Savoir-Social hält fest, dass die berufliche Grundbildung zur Fachfrau/zum Fachmann Betreuung direkt nach Abschluss der obligatorischen Schule begonnen werden kann und das Absolvieren von ausbildungsunabhängigen Praktika weder vorgesehen noch erwünscht sei. Sie bemüht sich, tragfähige Lösungen zu finden, damit Einstiegshürden zur beruflichen Grundbildung abgebaut werden. Auch in den Kantonen Solothurn und Aargau tut sich was. Kantonsrätin und VPOD-Mitglied Barbara Wyss Flück verlangt in einem Auftrag, die Vorpraktika-Praxis zu regeln. So soll es maximal einjährige Praktika und nur in Kombination mit schulischer Bildung geben. Ohne schulische Bildung sollen nur Praktika möglich sein, welche höchstens sechs Monate dauern. Die Solothurner Regierung lehnt eine kantonale Reglementierung ab, verweist aber auf die Tripartite Kommission der kantonalen Arbeitsmarktpolitik, welche die Branche im Rahmen der Arbeitsmarktbeobachtung fokussiert kontrollieren will. Sie hat einen Referenzlohn für Praktika in Kitas festgelegt sowie eine maximale Dauer von zwölf Monaten. Barbara Wyss Flück ist damit nicht zufrieden: «Die eingeleitete Überprüfung der Situation bis Ende 2018 durch die Tripartite Kommission ist zu begrüssen. Das Geschäftsmodell vieler Tagesstätten und Krippen, mit Praktikumsstellen den Betriebsaufwand auf Kosten junger Menschen zu drücken, muss jedoch mit griffigen Massnahmen angegangen werden. Ich hoffe auf Korrektur der vorberatenden Kommission.» Im Aargauer Grossen Rat will AGB-Präsident und VPOD-Mitglied Florian Vock einen ähnlichen Vorstoss einbringen.

Fortsetzung auf der Rückseite ...

Tiefsteuerstrategie schadet

Die Solothurner Regierung hat in einer Vernehmlassung die Eckwerte der kantonalen Umsetzung der Steuervorlage 17 vorgestellt. Der VPOD Solothurn lehnt die Tiefsteuerstrategie entschieden ab. Sie schadet dem Kanton, dem Personal und seiner Bevölkerung.

Mit der neuen Steuervorlage 17 werden die Steuerprivilegien für multinationale Firmen (sog. Statusgesellschaften) abgeschafft. Das ist positiv. Unabhängig davon planen einige Kantone eine massive Senkung der Gewinnsteuern und heizen somit den schädlichen Steuerwettbewerb weiter an.

Massive Steuersenkung geplant

Der Solothurner Regierungsrat will die Gewinnsteuer massiv von heute 21 Prozent auf 13 Prozent senken. Der Kanton Aargau wird Ende Oktober die Eckwerte vorstellen und eine Vernehmlassung durchführen. Doch die Regierung hat schon Anfang Jahr verlauten lassen, dass kein Spielraum besteht für weitere Steuergeschenke an Unternehmen und der Gewinnsteuersatz deshalb bei 18 Prozent verbleibt. Im Aargau hat man in den letzten Jahren gelernt, dass Steuersenkungen keine Unternehmen anziehen, sondern nur Finanzlöcher reissen, welche durch Abbaumassnahmen wieder gestopft werden müssen. Diese Einsicht im Sinne einer finanzierbaren Steuerstrategie fehlt bisher in Solothurn.

Hohe Steuerausfälle, keine weiteren Verschlechterungen fürs Personal

Die vom Kanton Solothurn vorgeschlagene Tiefsteuerstrategie produziert Steuerausfälle von 130 Mio. Franken pro Jahr. Die Gefahr ist gross, dass diese finanzielle Lücke mit Sparmassnahmen auf Kosten der Bevölkerung und Staatsangestellten bezahlt werden muss. Einen Plan, wie diese Mindereinnahmen kompensiert werden sollen, hat der Solothurner Regierungsrat bisher nicht präsentiert. Das Staatspersonal hat bereits in den vergangen Jahren Verschlechterungen hinnehmen müssen. So gab es seit 2012 keine Lohnerhöhungen mehr und im Lohnsystem wurden die Erfahrungsstufen von 16 auf 20 gestreckt, was einen kleineren und langsameren Lohnanstieg bedeutet. Zudem wurde dem Kader der Leistungsbonus (LEBO) ohne Ersatzmassnahmen halbiert.

Kleine und mittlere Einkommen entlasten

Menschen mit kleinen und mittleren Einkommen zahlen im Kanton Solothurn bis zu 250 Prozent mehr Steuern als der schweizerische Durchschnitt. Dieser Zustand ist skandalös und unter keinen Umständen haltbar. Diese Belastung muss endlich substantiell gesenkt werden. Zudem ist die Vermögenssteuer mindestens auf den schweizerischen Durchschnitt anzuheben.

Simon Bürki ist Kantonsrat in Solothurn und Mitglied des VPOD-Regionalvorstandes

Editorial

Diesen Sommer haben wir so richtig geschwitzt. Und auch wenn's nun etwas kühler wird draussen, für den VPOD kündigen sich weitere heisse Zeiten an.
Der Einsatz für einen guten Service public und faire Arbeitsbedingungen für die Arbeitnehmenden ist weiterhin nötig. Mit der Steuervorlage 17 (oder neu STAF) und den angekündigten Gewinnsteuersenkungen in verschiedenen Kantonen wird ein ungesunder Steuerwettbewerb angekurbelt. Aktuell schlägt die Solothurner Regierung eine Tiefsteuerstrategie vor, die, wie wir aus Erfahrung wissen, ein tiefes Loch in die Kantonsfinanzen reissen und unweigerlich zu Abbaumassnahmen führen wird. Die Regierung hat nichts gelernt: Steuersenkungen ziehen keine Unternehmen an, sondern verschlechtern die Lebensqualität der Bevölkerung. Denn Abbaumassnahmen treffen immer den Bildungs-, Gesundheits- und Sozialbereich. Sensible Bereiche, die es eigentlich zu schützen gilt. Der VPOD hat sich gegen eine solche Tiefsteuerstrategie im Kanton Solothurn ausgesprochen und wird hoffentlich von weiteren Parteien und Verbänden unterstützt. Der Kanton Aargau wird sich zu dieser Frage erst im Oktober äussern. Doch schon jetzt ist klar, dass sich der Kanton kein weiteres Finanzloch zu Lasten der Bevölkerung leisten kann. Die Steuergeschenke der letzten Jahre haben aus dem Aargau einen Discount-Kanton gemacht. Hier gilt es, eine neue Finanzpolitik zu denken, bei der Vermögende und Unternehmen ihren Anteil an die Kantonsausgaben leisten. In diese Richtung geht die «Millionärssteuerinitiative» der Juso Aargau, über die das Aargauer Volk am 23. September abstimmen wird. Eine faire Vermögenssteuer für Millionäre tut niemandem weh, bringt aber viel Geld in die Kantonskassen, das die Allgemeinheit dringend braucht.
Weitere Themen beschäftigen unsere Region: die unsägliche Praxis, in Kitas Praktikumsstellen ohne Perspektive anzubieten und so junge Menschen auszubeuten, die Entwicklungen in der Care-Migration, die Ökonomisierung der Gesundheitsversorgung, Privatisierungen, der Einsatz für Lohngleichheit, Lohnverhandlungen in verschiedenen Betrieben und viele Einzelfälle, die unsere Mitglieder in ihren Betrieben erleben. Es braucht den VPOD und der VPOD braucht dich. Denn nur gemeinsam sind wir stark.

Silvia Dell'Aquila ist Regionalleiterin der VPOD-Region Aargau/Solothurn

Region Aargau/Solothurn

Willkommen, Lea!

(sda) Ab dem 1. September ist Lea Carucci im Regionalsekretariat Aargau/Solothurn als Werberin und Projektmitarbeiterin zu einem Pensum von 50 Prozent tätig. Die 26-Jährige ist im Aargau aufgewachsen und wohnhaft in Bern, wo sie auch gewerkschaftlich engagiert ist. Sie hat einen Bachelor in Sozialer Arbeit absolviert und war nach verschiedenen Ausbildungspraktika als Sozialarbeiterin in einer Sozialinstitution tätig. Mit Lea Carucci hat die Region Aargau/Solothurn eine engagierte, junge Mitarbeiterin gewonnen. Wir wünschen Lea viel Spass und Erfolg bei der Arbeit für den VPOD Aargau/Solothurn und heissen sie in unserer Region herzlich willkommen!

Lohnrunde 2019

Solothurner und Aargauer Staatspersonal erhält Lohnerhöhung

(sda) Die Solothurner Regierung und die Staatspersonalverbände konnten sich auf eine Lohnerhöhung von 1 Prozent für das Staatspersonal einigen. Neben dem Stufenanstieg gemäss Gesamtarbeitsvertrag erhalten die Solothurner Angestellten also eine weitere Lohnerhöhung, welche die Teuerung ausgleichen dürfte. Auch die Aargauer Regierung hat im Budget 2019 für die kantonalen Angestellten eine Lohnerhöhung von 1 Prozent eingesetzt. Nach den Nullrunden der letzten Jahre ist dies auch bitter nötig, da sich der Kanton Aargau zu einem immer unattraktiveren Arbeitgeber entwickelt hat. Auch will die Regierung der steigenden Teuerung Rechnung tragen. Ob der Grosse Rat dies auch so sieht, wird sich bei der Budgetdebatte zeigen. In den letzten Jahren haben die Aargauer Grossräte immer wieder an der Lohnschraube gedreht. Die Lohnverhandlungen mit den Aargauer Kantonsspitälern laufen zurzeit noch. In der Konkurrenzsituation, in der sich die Häuser befinden, sollten diese substantielle Erhöhungen gewähren, damit genug und gutes Personal rekrutiert werden kann. Durch die hohen Bauinvestitionen, die die Kantonsspitäler tätigen müssen, und die Sparmassnahmen des Kantons, von denen sie betroffen sind, ist die finanzielle Situation der verschiedenen Häuser aber sehr angespannt. Ob die Angestellten endlich wieder auf eine substantielle Lohnerhöhung hoffen dürfen, ist also fraglich.

Gleichstellung

Genug ist genug: Auf zur nationalen Demo «Für Lohngleichheit, gegen Diskriminierung»

(sda) Gewerkschaften und verschiedene weitere Organisationen rufen zur Demonstration für Lohngleichheit und gegen Lohndiskriminierung am Samstag, 22. September 2018 in Bern auf. Seit 1981 ist gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit in der Verfassung, seit 1996 im Gesetz vorgeschrieben. Doch nach wie vor verdienen Frauen deutlich weniger als Männer. Das ist diskriminierend. Doch das Parlament ziert sich und bremst die geplante Gesetzesrevision für Lohnkontrollen aus. Dreimal hat die Ständeratskommission die Vorlage beraten und sie immer weiter abgeschwächt, trotzdem hat das Plenum sie im März 2018 an die vorberatende Kommission zurückgeschickt. Das macht deutlich: Die Bürgerlichen wollen nicht wirklich etwas tun, aber sie wollen das nicht offen zeigen, sondern reden wieder über «freiwillige Massnahmen». Dass dies nicht funktioniert, haben bereits einige gescheiterte Projekte gezeigt. Die Frist für Freiwilligkeit ist definitiv vorbei. Gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit ist kein Geschenk an die Frauen, sondern ein Verfassungsauftrag. Deshalb braucht es systematische und griffige Lohnkontrollen, zwingende Anpassung diskriminierender Löhne und Sanktionen bei Verstössen. Auch die Unterbewertung von sogenannten Frauenarbeiten – Pflege, Kinderbetreuung, persönliche Dienstleistungen, Reinigung – ist eine Form der Lohndiskriminierung, für die es keine Rechtfertigung gibt. Daher fordern wir die Aufwertung der Care-Arbeit und höhere Löhne für diese Arbeiten. Der VPOD engagiert sich stark in der Frage der Lohngleichheit und ist aktiv bei der Demonstration vom 22. September 2018 dabei. Wir rufen alle Mitglieder der Region Aargau/Solothurn auf, sich der Kundgebung anzuschliessen! Besammlung ist um 13.30 Uhr auf der Schützenmatte in Bern, danach marschieren wir bis zum Bundesplatz, auf dem die Schlusskundgebung stattfinden wird. Damit wir alle nach Bern kommen, gibt es kostenlose Extrazüge. Diese machen auch in unserer Region Halt: ab Baden 12.26 Uhr, ab Aarau 13.01 Uhr, ab Olten 13.12 und 13.42 Uhr. Es ist weder ein Ticket noch eine Anmeldung nötig. Halte nach VPOD-Fahnen Ausschau, sodass wir gemeinsam nach Bern fahren können. Spätestens auf der Schützenmatte werden wir auf weitere VPOD-Kolleginnen und -Kollegen treffen und zusammen einen grossen VPOD-Block bilden. Falls du ein Anschlussticket bis zum Extrazug brauchst, melde dich beim Regionalsekretariat.

Abstimmung Kanton Aargau

Ja zu einer fairen Vermögenssteuer

Vor einigen Tagen titelte der BLICK: «Linke wollen Aargauer Millionäre schröpfen» und listete einige illustre Namen auf, welche die Auswirkungen der Millionärssteuer-Initiative zu spüren bekämen. Darunter hagelte es gehässige Kommentare über Verhältnislosigkeit und Unersättlichkeit. Doch es lohnt sich, die Vorlage im Detail zu betrachten.

Die Initiative will die Progression der Vermögenssteuer steiler gestalten. Das ist jene Steuer, die 60 Prozent der Aargauer Bevölkerung sowieso nicht bezahlen muss. Zusätzlich werden tiefe Vermögen bis 475‘000 Franken entlastet. Erst danach kommt es zu einer höheren Belastung. Von Schröpfen kann aber trotzdem nicht die Rede sein. Bei einem Vermögen von 1 Mio. Franken beispielsweise beträgt die Mehrbelastung lasche 290 Franken pro Jahr. Einmal weniger auswärts essen also, als Preis dafür, dass dem Kanton 161 Mio. Franken Mehreinnahmen pro Jahr winken.

Diese Mehreinnahmen erweisen sich für den Aargau als bitter nötig. In den letzten Jahren riss die auf Steuergeschenke basierende Finanzpolitik ein Loch in die Kantonskasse, das seither panisch mit schmerzhaften Abbaumassnahmen gestopft wird. Einige Beispiele aus jüngerer Zeit sind die Schliessung der Fachstelle für Gleichstellung, die Reduktion der Sozialhilfe um 30 Prozent oder die Kürzung der Gelder für Asylsuchende auf 8 Franken pro Tag. Auch die Infrastruktur litt: Das Freifachangebot in Schulen wurde dünner, der Instrumentalunterricht kostenpflichtig, Hochwasserschutz vertröstete man auf unbestimmte Zeit und die Löhne von Polizist_innen und Lehrkräften stagnierten. Mit der Millionärssteuer können einige dieser Abbaumassnahmen rückgängig gemacht werden.

Um auf die BLICK-Schlagzeile zu antworten: Ja, die Millionärssteuer hat Auswirkungen auf Aargauer Millionär_innen, genauso wie sie auf alle anderen Bewohnenden dieses Kantons Auswirkungen hat. Alle profitieren von der wieder ansteigenden Lebensqualität. Die Millionärssteuer bedeutet ein Wiederbeleben des Kantons, der durch die momentane Finanzpolitik immer weiter in die Verelendung geritten wird.

Mia Jenni, Co-Präsidentin JUSO Aargau, ist VPOD-Mitglied

... Fortsetzung von der Vorderseite

Vorpraktika nützen niemandem und gehören abgeschafft

Zwar sind Massnahmen zur Regulierung der Praktika zu begrüssen, doch sie lösen das Problem nicht. Die Praktika gehören vollständig abgeschafft und jungen Menschen, die eine Ausbildung als Fachfrau/-mann Betreuung absolvieren möchten und sich dafür eignen, ist diese zu ermöglichen. Hier sind die Kantone und Gemeinden, welche die Betriebsbewilligungen vergeben, gefordert, klare Kriterien zu definieren, die mithelfen, das Anbieten von Praktika für die Betriebe unattraktiv zu gestalten. Und nicht zuletzt geht es um ökonomische Fragen: Nur wenn die Kinderbetreuung staatlich unterstützt wird und genügend Ressourcen erhält, können anständige Löhne und gute Arbeitsbedingungen erreicht werden, so dass die Kitas nicht mehr billige Arbeitskräfte einstellen müssen, um ihren Auftrag zu erfüllen.

AGENDA

15 SEPT — **Balmbergfest des GB Kanton Solothurn**
15. September 2018, 12.30 Uhr
Balmberg

22 SEPT — **#Enough! Nationale Kundgebung für Lohngleichheit und gegen Diskriminierung**
22. September 2018, 13.30 Uhr
Schützenmatte, Bern
Extrazüge siehe Artikel auf dieser Seite.

29 SEPT — **DV VPOD Schweiz**
29. September 2018, 11.00 Uhr
Zürich

09 OKT — **VPOD-Pensionierte**
9. Oktober 2018, ab 11 Uhr
Gemütlicher Hock mit Mittagessen
Naturfreundehaus Schafmatt

25 OKT — **Jahresversammlung ArbeitAargau**
25. Oktober 2018, 19.30 Uhr
Hotel Kettenbrücke Aarau

29 OKT — **Treffen der soH-Gruppe VPOD**
29. Oktober 2018, 17.15 Uhr
Kantonsspital Olten

08 NOV — **DV Aargauischer Gewerkschaftsbund**
8. November 2018, 19.30 Uhr
Aarau

10 NOV — **Jubiläumsanlass 100 Jahre Landesstreik**
10. November, 14.00 Uhr
alte SBB-Hauptwerkstätte Olten

13 NOV — **VPOD-Pensionierte**
13. November 2018
Besuch der Ausstellung «100 Jahre Landesstreik»
Landesmuseum Zürich

11 DEZ — **VPOD-Pensionierte**
11. Dezember 2018, 14.00 Uhr
Jahresschlusshock
Volkshaus Aarau

Die aktuellen VPOD-Kursangebote sind auf unserer Website **www.vpod.ch** aufgeführt.

Impressum

VPOD Aargau/Solothurn September 2018
Zeitschrift für die VPOD-Mitglieder der Region Aargau/Solothurn, erscheint 2–3 Mal jährlich

Herausgeber Schweizerischer Verband des Personals öffentlicher Dienste VPOD Region Aargau/Solothurn, Postfach 4209, 5001 Aarau,Tel 062 834 94 35, Fax 062 834 94 39, sekretariat@vpod-agso.ch

Redaktion Silvia Dell‘Aquila (sda), **Korrektorat** Jacqueline Beck **Gestaltung** büro a+o, Aarau, **Layout** Renato Mazzocco, **Druck** gdz AG, Zürich, **Auflage** 1300 Exemplare